

# Schneider-Zeitung

Obligatorisches Organ des Verbandes christlicher Schneider und Schneiderinnen und verwandter Berufskollegen Deutschlands. Sitz Köln.

Für Schriftleitung, Verlag und Expedition verantwortlich  
A. Schwarzmann, Köln, Poststr. 135.  
Druck der Köln-Ehrenfelder Handelsdruckerei, Marakstraße 11.

Abonnementspreis: 4 Mark pro Quartal  
oder deren Hälfte bei halbjährlicher  
Abrechnung einschließlich Postgebühren

## Kollegen! Agitiert allerorts für unsern Verband!

### Friedensschluß.

Nach fünfwochentlichem Kampfe ist der Friede in unserm Gewerbe wieder hergestellt. Zwischen dem Hauptvorstande des Arbeitgeberverbandes und dem deutschen Schneiderverband wurden durch Vermittlung Berliner Arbeitgeber am 3. April auf telegraphischem Wege folgende Vereinbarungen getroffen:

1. Die Streiks und Aussperrungen werden sogleich am Mittwoch aufgehoben und die Arbeit wird allerorts Donnerstag früh aufgenommen.

2. Etwas Unerbittlichkeit der von den Arbeitgebern vorgelegten Tarife und andere kritische Tariffragen werden zwischen Ihren Filialen und unseren Ortsgruppen in dieser Woche friedlich und ohne weitere Nachanwendung bei.legt.

3. Maßregelungen finden unter gegenseitiger Verständigung nicht statt, noch am Platze befindliche Gehilfen kehren zu ihren früheren Arbeitgebern zurück und müssen wieder eingestellt werden.

Von der Einleitung von Verhandlungen war uns nicht das mindeste bekannt. Erst als der Friedensschluß zwischen Berlin und München perfekt war, wurde uns vom Hauptvorstand des deutschen Schneiderverbandes am Mittwoch, den 10. April gegen 11 Uhr Vorm., die Tatsache des Friedensschlusses telegraphisch mitgeteilt. Die Bedingungen, unter welchen der Friede geschlossen war, gingen uns, nachdem wir uns erst diesmorgens nach München wanderten, am Donnerstag Abend mit dem gleichzeitigen Ersuchen, unsere Zustimmung hierzu sofort telegraphisch zu geben, zu.

Für uns bestand, nachdem wir von der ganzen Sachlage Kenntnis erlangt hatten, keine Möglichkeit den zwischen München und Berlin getroffenen Vereinbarungen unsere Zustimmung zu geben und zwar bestimmten uns hierzu folgende Gründe:

1. Die Verhandlung wurde geführt und abgeschlossen, ohne uns auch nur im geringsten in die Mitteilung hierüber zuzulassen zu lassen und als beteiligte Organisation über die verschiedenen Vorschläge äußern zu können.

2. Aufzuzählen die in dem Abkommen enthaltenen Bedingungen unseren Anforderungen nicht, welche wir als beteiligte Organisation im Interesse eines ehelichen Friedens zu stellen berechtigt waren.

3. Konnten wir die in Art. 1 des Abkommens gestellten Bedingungen nicht erfüllen, weil uns das Abkommen erst zuzuging, nachdem die Arbeit schon aufgenommen sein sollte.

Was unserer Stellungnahme seitens der Arbeitgeberverband sowohl telegraphisch wie schriftlich in Kenntnis.

Wer die Schuld daran trägt, ob München der Berlin, daß man unseren Verband bei den Friedensverhandlungen übergang, wollen wir nicht weiter untersuchen, es genügt uns vorerst die Tatsache festzustellen, daß die Tatsache, die wir

hat de. Umstand dazu beigetragen, weil die Abwicklung der Angelegenheit so rasch erfolgte, daß das „Zentralorgan“ in seinem Bericht über den erfolgten Friedensschluß glaubt, einige Worte würden schon genügen, um darüber Aufklärung zu geben.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel wütete die Friedensnachricht nicht nur auf uns, sondern auf die gesamte Kollegenschaft und dies um so mehr, da nicht die geringsten Anzeichen einer Verständigung vorlagen und von einer Kampfesmüdigkeit der Kollegen keine Spur vorhanden war. Dazu stand die Sache für die Kollegen insofern günstig, weil dem Arbeitgeberverband die Generalaussperrung völlig vorbeigelungen war und es in verschiedenen Ortsgruppen schon ganz bedenklich wackelte. Kaum die Hälfte seiner Ortsgruppen schlossen sich ihr an und da bedurfte es bei verschiedenen noch des besonderen Nachdruckes von München aus, sie an ihre Disziplin zu erinnern. Allgemein neigte man in Kollegenteilen der Ansicht zu, daß der Friedensschluß ein überreiter Schritt war und niemand konnte in ihm einen ehelichen Frieden erblicken. Es griff daher eine Erregung unter den Kollegen, insbesondere unter den Mitgliedern des deutschen Schneiderverbandes Platz, die sich in den schärfsten Protestresolutionen gegen ihren Hauptvorstand Luft machte. So wurde in München das „Friedenstelegramm“ Stühmers mit Pfützen aufgenommen. Mehrere Redner sprachen ihrem Hauptvorstand die Befähigung ab, einen so großen Verband, wie den deutschen Schneiderverband, zu leiten. Eine mit 400 gegen 5 Stimmen angenommene Protestresolution lautet: „Der heutige vollbesetzte Appell spricht dem Hauptvorstande des deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes für seine Handlungsweise keine größte Mißbilligung aus und erklärt, so lange die Arbeit nicht aufgenommen, bis uns die Mitteilung wird, daß mit den in Lohnbewegungen stehenden Orten die Tarife abgeschlossen sind. — In Köln sagte in einer am 12. April stattgefundenen öffentlichen Versammlung der Gauleiter Fußes des „freien“ Verbandes: „Das Abkommen des Zentralvorstandes habe liberal böses Blut erregt. Es läge auch zweifellos ein großer Fehler des Vorstandes vor.“ In der Diskussion wurde der Vorschlag von mehreren Rednern als ein „fauler Friede“ bezeichnet. Technische Erklärungen und Beschlüsse, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis an den in Lohnbewegung stehenden Orten die Tarife abgeschlossen sind, liegen eine ganze Anzahl vor und wurden auch ausgeführt, indem am 18. Orten die Arbeitsaufnahme zu dem festgesetzten Termin nicht erfolgte.

Damit war eine neue Situation geschaffen; aus der Aussperrung wurde ein Solidaritätsstreik. Der Arbeitgeberverband bestand auf seinen Schein und drängte in Berlin auf Friedigung der Differenzen. Dort hätte man aber anscheinend

die Macht über seine widerspenstigen Fabrikstellen verloren und mußte notgedrungen den Tingen ihren Lauf lassen.

In ihrer Nr. 16 geht nun die Nachzeitung mit ihren widerspenstigen Fabrikstellen über's Gericht, indem sie schreibt: „Wenn diese Fabrikstellen mit ihren Protestresolutionen erklären, daß sie mit den Bedingungen des Friedensschlusses nicht einverstanden sind, sich deshalb weigern, die Arbeit wieder aufzunehmen und andere Forderungen auszuüben, nach ihrem Vorgehen anzuschließen, so verstoßt das gegen alle gewerkschaftliche Disziplin und kann gar nicht leicht genug gerügt werden. Wäre überhast so verfahren, so würde der Kampf diese Woche noch in seinem ganzen Umfange weiter bestehen, was für unseren Verband jedenfalls nicht vorzuziehen wäre. Und weiter heißt es: „Soll der Friede herbeigeführt werden und soll, wie hier in Berlin mit den Arbeitgebern in gegenseitiger Aussprache vereinbart, niemand als Sieger, aber auch niemand als Besiegter aus dem Kampfe hervorgehen, dann muß von beiden Seiten Entgegenkommen gezeigt werden. Beide Organisationen haben ihre Kräfte im Kampfe gemessen und haben denselben abgebrochen, ohne eine endgültige Entscheidung herbeizuführen, das sollte auch nach dem Friedensschluß anerkannt werden.“ Sodann gibt die Nachzeitung noch zu bedenken, „daß die Ausbringung der Mittel keine natürlichen Weizen hat.“

Um nun die Differenzen endgültig beizulegen, vereinbarten die Vorstände des Arbeitgeberverbandes und des deutschen Schneiderverbandes eine Zusammenkunft, welche am Mittwoch, den 17. April, in Frankfurt a. M. stattfand. Gleichzeitig berief der Vorstand des Arbeitgeberverbandes seinen Gesamtvorstand auf Donnerstag, nachm. 4 Uhr, nach Frankfurt, um über weitere Maßnahmen zu beraten, sofern die Aussprache mit den Vertretern des freien Verbandes resultatlos verlaufen sollte.

Obwohl seitens unseres Verbandes mit dem Arbeitgeberverband der Friede noch nicht geschlossen war, unterließ man es wieder, uns zu den Verhandlungen zuzuziehen, obwohl man wußte, daß unsere Mitglieder in Düsseldorf, Köln, Bonn, Mannheim, München und Stuttgart noch ausgesperrt waren und obwohl man fernher seitens des Arbeitgeberverbandes wissen mußte, daß sie nicht eher zur Arbeit zurückkehren könnten, bis die Differenzen auch mit unserem Verbands geregelt sind.

Ueber die zwischen den Vertretern des Arbeitgeberverbandes und des deutschen Schneiderverbandes stattgefundenen Verhandlungen berichtet das Zentralorgan:

„Die Beratung der beiden Vorstände, an welcher außer oben genannten Herren Schambach, Höfer, Schwarz und van Pelt vom

... von Seiten ... Herrn ... und ...

... die ... der ...

... die ... der ...

... die ... der ...

... die ... der ...

... die ... der ...

... die ... der ...

... die ... der ...

ihre Zustimmung zu den zwischen unserer Zahlstelle und ihrer dortigen Ortsgruppe auf friedlichem Wege erzielten Abkommens gegeben hätte. Es konnte sich gegenüber unserer Organisation lediglich um Zurücknahme der Ausfrierung handeln. Aus der Ablehnung des Friedensvertrages erließen unsere Kollegen, daß wir von dem nun einmal eingemommenen Standpunkte: Freigabe der örtlichen Verhandlungen und Abschluß der Tarife vor Aufnahme der Arbeit nicht abgewichen sind, und diesen Standpunkt hielten wir auch gegenüber den Arbeitgebern aufrecht. Wir haben zu erkennen, daß uns das Abkommen nicht befriedigen konnte und verlangten entschieden, daß bei ähnlichen Fällen, insbesondere aber, wenn unsere Organisation von Maßnahmen wie die gegenwärtig vom Arbeitgeberverband genommen, wir betroffen wird, unsere Verhandlung bei den Eingangsverhandlungen nicht übergangen werden dürfe, wie es diesmal der Fall war. Herr Schwarz gab die Erklärung ab, daß es nicht in ihrer Absicht gelegen habe, uns auszuscheiden. Die Einigung sei von Berlin aus eingeleitet, um wo man auch mit bestimmten Voraussetzungen an den Arbeitgeberverband heranzutreten sei, so daß sie zu der Annahme berechtigt seien, daß eine Verständigung in dieser Frage zwischen uns und Berlin erfolgte, zudem sei die Sache so plausibel gekommen und so schnell erledigt worden, daß ihrerseits eine Verständigung mit uns vor Abschluß der Verhandlungen nicht möglich gewesen sei. Wir hielten jedoch an unserem Standpunkte fest, daß wir uns Bedingungen, die ohne unserer vorherigen Einwilligung zustande kommen, niemals anschließen könnten. Sodann wurde die Frage erörtert, auf welcher Grundlage die Beilegung der Differenzen zwischen uns und dem Arbeitgeberverband erfolgen könne. Herr Schwarz gab uns die oben mitgeteilten, tags vorher mit den Vertretern des „freien“ Verbandes vereinbarten neuen Bedingungen, nach welchen die Arbeitsaufnahme an jenen Orten erfolgen sollte, wo dies bisher noch nicht geschehen war, bekannt. Nachdem inzwischen unser hauptsächlich in Frage kommende Zahlstellen, Krefeld und Düsseldorf, Tarife abgeschlossen hatten und zwar auf der von uns gewünschten Grundlage — nach erfolgtem Abschluß der Arbeitsaufnahme — und an den noch verbleibenden Orten Bonn und Mannheim der „freie“ Verband die ausschlaggebende Mehrheit hatte, war für uns die Grundlage eines christlichen Friedensschlusses geschaffen. Jedoch konnten wir eine bindende Erklärung ohne Zustimmung unseres Zentralvorstandes nicht abgeben; erklärten vielmehr, nachdem eine Aussprache mit den in Köln anwesenden Mitgliedern des Zentralvorstandes am Freitag Mittag stattgefunden hatte, in einem Telegramm an den Arbeitgeberverband die Differenzen für erledigt. Gleichzeitig wiesen wir unsere noch im Auslande befindlichen Zahlstellen an, die Arbeit aufzunehmen, welcher Weisung auch Folge gegeben wurde.

Somit hat der Kampf endgültig seinen Abschluß gefunden, aber es wird noch einiger Zeit bedürfen, bis sich die Wogen der Erbitterung glätten und die Wunden, welche er geschlagen hat, geheilt sind. Ob der Arbeitgeberverband mit dem Erfolge des Kampfes zufrieden sein kann? Die Beurteilung dieser Frage wollen wir ihm überlassen, jedenfalls hätte er keine „Erfolge“ viel billiger haben können, wenn er von Anfang an den Weg der Verständigung mit seinem Ultimatum vom 20. März nicht abgeschnitten und damit seine Ortsgruppen förmlich in den Kampf getrieben hätte. Wir sind nicht Optimisten genug, um uns einen vollen Sieg zuzuschreiben, jedoch können wir mit dem Verlauf und dem Ausgang des Kampfes, sowie der dabei erzielten Erfolge für unsere Mitglieder zufrieden sein.

Sozialdemokratische Verlesung.

Vor einiger Zeit ging folgende Notiz durch sämtliche sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsblätter:

Christlicher Terrorismus.

Den „Hamburger Nachrichten“ der „Vst“ und ähnlichem Geistes, ganz besonders dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie empfehlen wir, unter der so beliebten Wilschischen Überschrift: „Und willst Du nicht mein Bruder sein, dann schlag ich Dir den Schädel ein“, folgenden Fall recht sorgfältig zu registrieren: Im Oktober beim in der Tischer Kraft vom Schöffengericht zu Markt Geldstrafe verurteilt worden. Kraft ist Mitglied des christlichen Holzarbeiterverbandes und „mittels“ dieses Verbandes. Er wollte besonders den Tischer Wagen zum Eintritt in den Verband bewegen. Als Wagner die freiwilligen Bedingungen aber durchaus nicht folgen ließ, schlug ihn der Beschuldigte mit einem Hammer mit einer Wale über den Kopf. Wegen dieser unchristlichen Handlung wurde Kraft entlassen, obgleich er schon acht Jahre in der Fabrik tätig war. Der Obermeister der Ortsgruppe ist kategorisch, daß er „Vest in Hause“ bleiben muß und keine Organisation in der Fabrik dulde. Früher in Kraft am Morgen des 10. November den Wagner, in dieser Richtung nach der Arbeitstätte gehen wollte, angreifen und demütigen, daß er beschuldigt, daß er die Fabrik zu beschädigen, daß die Gewerkschaft, für die der Angeklagte Propaganda mache, nicht auf revolutionären Boden trete, sondern treu zu Kaiser und Vaterland, und das was wohl auch bei Verlesung der oben angeführten minimalen Geldstrafe mit Berücksichtigung zu sein.

Die wüden unsere Schatzkammer den Fall mitzuschlagen, wenn es sich um eine freie Gewerkschaft um den christlichen Holzarbeiterverband handelt. Uns läßt es nicht ein, diesen Vorfall zu verurteilen und behaupten zu wollen, diese christlich-nationale Haltung sei typisch für die Art der christlichen Organisationen. Wir verurteilen dies nur, um den christlichen Anhängern gegen die freien Gewerkschaften zu begreifen. Der christlich-nationale Angeklagte kam, trotzdem er seine Kollegen so brutal mißhandelt, mit einer milden Geldstrafe davon. Hält man von Seiten der Nationalen nun diesen Urteil für gerecht, so muß man annehmen, daß an die Mitgliedern der freien Gewerkschaften, die wegen Mordtaten, als recht harte Strafen verurteilt sind, verurteilt worden, ein großes Unrecht begangen ist, da diese auf letztere so hart bestraft sind. Daher wird man auf jener Seite die Arbeit dieses nationalen Schlingens so schwierig und gegen die freien Gewerkschaften zu sein.

Soweit die sozialdemokratische Presse, hierzu zu bemerken, daß nach einem rein persönlichen Streit im Winter von 1905 auf 06 zwischen Wagner und Schwarz Wagner die Verlesung gegeben wurde, Kraft war letzterem bei dem Obermeister der Ortsgruppe denunziert wurde, daß er Verbandsmitglied sei und auch die (Wagner) in den Verband habe bringen wollen. Kraft erhielt daraufhin die Kündigung. Das geht ja auch mit den Bedingungen des Verbands, daß er keine Organisationen in der Fabrik dulde, wie auch die sozialdemokratische Presse selbst betont, deutlich hervor. Daraus, daß im Frühjahr 1906 Kraft aus dem christlichen Holzarbeiterverband aus Wagner soll nun den Kraft auch später noch den Angelegen auf der Straße durch Kraft bestritten haben, so auch am 10. November 1906, haben wir den Sozialisten haben soll. Daraufhin ist er von Kraft mißhandelt worden. Letzterer behauptet dies, aber was angeht sein Fall, was hat die christliche Gewerkschaft damit zu tun? Kraft war über dreißig Jahre in der Fabrik tätig, also konnte es sich um ein rein persönliches Ding handeln.

Die sozialdemokratische Presse verleiht uns nun Verbindung der Entlassung, die nur auf Grund einer Denunziation hin erfolgte und bei welcher ein später liegender Vorfall die Sache so beschaffen, so ob es sich um einen christlichen Terrorismus handelt. Das beweist, wie sehr man suchen muß die geeigneten Kombinationen herbeizuführen, um die eigenen Kräfte und Schandlatten auf diesen Boden zu verwerfen. Der Richter hat in der Urteilsverlesung nicht berücksichtigt, daß es sich um ein rein persönliches Ding handelt, und sei es zu beweisen, daß Kraft wirklich eine Verlesung verloren hat. Das ist die sozialdemokratische Schauerred in ihrer eigenen Fabrik. Wir müssen uns aber nicht in ihrer letzten Pöbelstimmung ergehen lassen, die Treiber der ganzen Angelegenheit sind, und werden wir nicht in der Lage zu erkennen, daß die sozialdemokratische Presse den Fall finden wird, die Sache richtig zu sein. Von dieser Art nachrichtlichen Dinge, gegen die etwas nicht zu tun, sondern wenn es sich um christliche Kräfte handelt.

Verbandsangelegenheiten.

Mitglieder! Unter der Hand ...



